

auf der Grundlage der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vermitteln können.

Die Situation der DDR-Kader und Lehrkräfte in den Schulen nach der Wende aus der Sicht meiner Tätigkeit als Schulaufsicht: Im Zeitraum November 1989 bis Juli 1990 stellten an vielen Schulen die Direktoren an das jeweilige Kollegium die Vertrauensfrage, und meistens wurde daraufhin ein neuer Direktor gewählt. Bei einigen mußte zweimal die Vertrauensfrage gestellt werden, weil beim ersten Mal die Kollegen noch nicht so richtig wach waren, sie sich nicht so richtig trauten und dachten, beim zweitenmal klappt das dann schon besser. Direktoren, die nicht die Vertrauensfrage stellten, wurden entweder durch die Lehrerkollegien oder durch die politisch Verantwortlichen in den sich neu bildenden Kommunalverwaltungen Ost-Berlins bis Juni 1991 ihres Amtes enthoben. Da gab es ein Rundschreiben von der Senatsinnenverwaltung, wie das zu geschehen hat, nicht von der Senatsschulverwaltung. Ein politischer Einfluß der Leitungskader an den Schulen war jedoch aus meiner Sicht Ende 1989 schon nicht mehr zu spüren. Einige traten die Flucht nach vorn an und orientierten sich sehr schnell im westlichen Teil der Stadt – das war ähnlich wie an den Hochschulen wahrscheinlich. Andere verhielten sich ruhig, waren desorientiert und zogen sich in den Unterricht zurück. Trotz der Überprüfungen zur persönlichen Eignung für den öffentlichen Dienst bleiben viele, die in leitenden Funktionen waren, an den Schulen, da ihnen eine direkte Schädigung anderer nicht nachzuweisen war und sie glaubhaft machen konnten, daß sie seit November 1989 eine persönliche Entwicklung, die sie dazu befähigte, mit Schülern unter den neuen Bedingungen zu arbeiten, vollzogen haben, und weil uns die Arbeitsgerichte einen ziemlichen Strich durch die Rechnung gemacht haben. Viele, die wir rausgesetzt haben, haben sich dann wieder reingeklagt.

Letzteres war und ist ebenso problematisch wie der Verbleib der ehemaligen Staatsbürgerkundelehrer, Pionierleiter, FDJ-Sekretäre und ehrenamtlichen Parteisekretäre an den Schulen – an die kam man nämlich wirklich nicht ran. Durch eine langjährige politische Indoktrination geschaffene Denkstrukturen und Weltbilder können aus meiner Sicht auch fünf Jahre nach dem Mauerfall nicht beseitigt sein. Eine intensive Beratung und Begleitung dieser Lehrkräfte war aufgrund der Fülle von zu bewältigenden organisatorischen Aufgaben während des Aufbaus des neuen Schulsystems im Ostteil der Stadt Berlin nicht möglich. Der Versuch einzelner Bezirksverordnetenversammlungen, in Berlin Staatsbürgerkundelehrer mit einer Ausbildung in Geschichte nicht in den Fächern Gesellschaftskunde, Sozialkunde, Geschichte und Politische Weltkunde einzusetzen, war weder stellenwirtschaftlich noch arbeitsrechtlich durchsetzbar.

Im Januar 1994 begannen in Berlin die Feststellungen der Bewährung im öffentlichen Dienst bei Lehrkräften auf der Grundlage des 3. Gesetzes zur Vereinheitlichung des Berliner Landesrechts. In diesem Rahmen führte ich etwa 300 Hospitationen an Berliner Oberschulen, u.a. auch bei ehemaligen Leitungskräften, Staatsbürgerkunde- und Geschichtslehrern, durch. Es stellte sich

gerade bei diesen Lehrkräften ein großes Bedürfnis nach fachlicher Fortbildung heraus. Es gab bei nur sehr wenigen Lehrern Unterrichtssituationen, die noch an die alte DDR-Indoktrinationspädagogik der Fächer Geschichte und Staatsbürgerkunde erinnerten. Nach der Wende waren viele Lehrkräfte sehr verunsichert. Der tolerante Umgang mit Schülermeinungen mußte von der Mehrzahl der Lehrer ebenso erlernt werden wie die Erziehung der Jugendlichen zu mündigen Bürgern. Man hat es ja geschafft, die DDR-Bürger zu unmündigen Bürgern zu erziehen, wenn man es denn in der Schule geschafft hatte und dann auch in den weiteren Institutionen. Fünf Jahre nach der Wende ist aus meiner Sicht dies kaum noch ein Problem. Die ehemalige Kaderpolitik und ihre Auswirkungen spielen, zumindest vordergründig oder bemerkbar, in den Schulen keine Rolle mehr.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Karl-Wilhelm Fricke ist der erste Fragesteller.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe eine kurze Frage an Herrn Dr. Braun. Sie erwähnten vorhin in Ihrem Vortrag, daß verschiedene Dienstseinheiten des MfS Hochschuleinrichtungen, Universitäten bearbeitet haben, unter anderen nannten Sie auch die Hauptverwaltung Aufklärung. Mich würde interessieren, welche Interessen die Hauptverwaltung Aufklärung an den DDR-Hochschulen und -Universitäten verfolgt hat, ob das nur um die Werbung von Nachwuchs ging oder um Gewinnung von Experten oder ob die HV A zuständig war für die Überwachung von Reisekadern im sogenannten Operationsgebiet usw.. Das heißt also, welches konkrete Interesse hatte die HV A an den Hochschulen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Professor Ortleb bitte.

Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Meine Frage richtet sich ebenfalls an Herrn Dr. Braun. Ich habe in rund 20 Jahren Mitarbeitertätigkeit an Hochschulen der DDR den Eindruck gewonnen, daß es brave und weniger brave Hochschulen und auch Fachrichtungen im Sinne der DDR gab. Hat sich das in irgendeiner Weise in verschärfter oder weniger verschärfter Aufsicht durch die Staatssicherheit ausgedrückt, auch in Strukturfragen? Ich wurde hellhörig, als Sie sagten, daß es in Dresden eine andere Struktur gab als sonst üblich.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Frau Kollegin Brudlewsky bitte.

Abg. Monika Brudlewsky (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an Herrn Tietz. Ich bin eigentlich sehr froh, daß auch das Thema Schule angesprochen wurde, denn es konnten ja nicht alle studieren, und für mich ist das Thema Schule näher dran, denn ich z.B. durfte nicht studieren nach dem Abitur, weil ich einmal einen Brief geschrieben habe nach dem Bau der Mauer, der wurde beschlagnahmt, und da war meine Karriere dann zu Ende. 1961 war so ein richtiger Schnitt bei mir in der Schule. Ich bemerkte das, denn ich war gerade damals, bevor dieser Brief beschlagnahmt wurde, in die ZSGL, das nannte sich Zen-